

Grünflächen in Gefahr: Wiener Bürger kämpfen für den Erhalt von Wäldern!

Im Wiener Rathaus tagte der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und diskutierte wichtige Anliegen zu Umwelt- und Verkehrssicherheit.

Donaustadtstraße 1, 1220 Wien, Österreich - Im Wiener Rathaus fand heute die Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Petitionen statt, in der gleich mehrere Anliegen behandelt wurden. Im Mittelpunkt stand eine Petition zur Erhaltung eines etwa 7.000 Quadratmeter großen Waldstücks in Stadlau, das dem Wohnbau weichen soll. Doris Moser, die im Auftrag des erkrankten Petitionseinbringers Matthias Moser sprach, betonte die Wichtigkeit dieses Areals für die Kühlung der Umgebung und die Verbesserung der Luftqualität, gerade angesichts der bereits spürbaren Folgen des Klimawandels. Sie forderte, statt wertvolle Grünflächen zu versiegeln, leerstehende oder bereits überbaute Flächen zu nutzen und die Bäume mit ihren Höhen von bis zu 30 Metern durch neue Pflanzungen nicht zu ersetzen, wie es nicht möglich sei, berichtete presse.wien.gv.at.

Ein weiteres Anliegen, vorgetragen von Valentin Ruhry, betrifft die Verkehrsverhältnisse auf der Niederhofstraße in Meidling. Er plädierte für die Einführung von Tempo 30 in diesem Gebiet, um Sicherheit und Lebensqualität zu erhöhen, da die Straße eine wichtige Verbindung zu Parks und Märkten darstellt. Aktuell sei die Straße für den Fahrradverkehr ungeeignet und biete nur schmale Gehsteige. Zudem forderte Christian Germuth eine „Kiss & Ride-Zone“ für die Schule „Theresianum“, um die Verkehrssicherheit für die rund 1.200 Studenten zu verbessern. Diese Vorschläge zielen auf eine umfassende Verbesserung der

Verkehrssituation ab, die für viele Anwohner von Bedeutung ist.

Die Macht der Online-Petitionen

In einer Zeit, in der Bürger*innen ihre Stimmen leichter Gehör verschaffen können, gewinnt die Online-Petition zunehmend an Bedeutung. Aspekten der politischen Mitbestimmung wird durch Plattformen wie epetitionen.bundestag.de eine neue Dimension gegeben. Hier können individuelle Leistungen in Form von Einzelpetitionen oder öffentlichen Petitionen eingereicht werden, wobei letztere von jedermann unterzeichnet werden können. So stehen aktuell fast 1.000 Eingaben zur parlamentarischen Prüfung, die von gesellschaftlichen Themen wie Aufenthaltsrecht bis zu Fragen der Schulbildung reichen. Der Petitionsausschuss des Bundestages bearbeitet diese Anliegen, was die Relevanz und den Einfluss von Online-Petitionen zeigt, berichtet **weser-kurier.de**.

Im vergangenen Jahr wurden rund 16.000 Petitionen beim Bundestag eingereicht. Obwohl die Diskussionen öffentlichen Sitzungen stattfinden, hängt die endgültige Entscheidung über die Weiterleitung an die Bundesregierung von der Anzahl der Unterstützer ab, was den Bürger*innen die Möglichkeit gibt, aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Donaustadtstraße 1, 1220 Wien, Österreich
Quellen	• presse.wien.gv.at • www.weser-kurier.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at